



Landrat Dr. Hirschberger  
Kreisverwaltung Kusel  
Trierer Straße 49-51  
66869 Kusel

**Anfrage der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen**  
**Thema: AsylbewerberInnen**

Sehr geehrter Herr Dr. Hirschberger,

die Zahl der Asylsuchenden ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Dies gilt auch für Rheinland-Pfalz. Nach einem Tiefstand von 1 275 Asylsuchenden im Jahr 2008 stiegen die Zahlen über 3 724 im Jahr 2012 auf 6 578 im Jahr 2013 und haben mit 9 188 zum 1.12.2014 einen neuen Höchststand erreicht. Für 2015 muss von einer erneuten Steigerung auf ca. 14 500 Asylsuchende ausgegangen werden. Der steigende Zuzug von Asylsuchenden stellt sowohl das Land als auch die Kommunen vor große Herausforderungen.

Die Aufgabe der Unterbringung ist den kommunalen Gebietskörperschaften als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung übertragen. Wobei nach dem Landesaufnahmegesetz das Land Kostenträger für die AsylbLG-Leistungen ist, solange die Asylsuchenden in der Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht sind, anschließend sind die Kommunen Kostenträger.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Auf welche Kommunen im Landkreis sind in den letzten drei Jahren die AsylbewerberInnen verteilt worden (Kommune und jeweilige Anzahl)?
- 2) Wie viele der Asylsuchenden sind in einer Einzelwohnung (als Einzelperson oder einzelne Familie) oder in einer Gemeinschaftsunterkunft einquartiert?
- 3) Wie viele unbegleitete minderjährige AsylbewerberInnen wurden im Landkreis Kusel in den letzten drei Jahren aufgenommen?
- 4) Wie und wo können die AsylbewerberInnen aus dem Landkreis Kusel eine soziale und psychotherapeutische Beratung in Anspruch nehmen?
- 5) Wie ist die ärztliche Versorgung für die AsylbewerberInnen geregelt und welche kommunale Behörde stellt die zum Arztbesuch berechtigenden Scheine aus? Zu welchen Zeiten besteht Zugang zu dieser Stelle?
- 6) Inwieweit wird der Mehrbedarf von Asylsuchenden für die Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs für z.B. Arztbesuche oder zum Jobcenter beim finanziellen Budget berücksichtigt?

- 7) In welcher Form werden den AsylbewerberInnen Arbeitsmöglichkeiten geboten (geringfügige Beschäftigungen oder Ein-Euro-Jobs)?
- 8) Gibt es eine zentrale Anlaufstelle, wo AsylbewerberInnen Kleidung, Haushaltsgegenstände oder verkehrstüchtige Fahrräder erhalten können?
- 9) In welcher Form werden die Kinder von AsylbewerberInnen in Kitas oder Schulen integriert und sind hierfür zusätzliche Sprachförderangebote vorgesehen (wenn ja, in welcher Form und wo)?
- 10) Gibt es eine zentrale Anlaufstelle für Ehrenamtliche, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren wollen und wenn ja, in welcher Form bringen sich die Menschen im Landkreis Kusel ein?
- 11) In welcher Form arbeitet zurzeit die Kreisverwaltung mit den betroffenen gesellschaftlichen Akteuren (z.B. soziale Träger, Kirchen, medizinische Versorgung) für den Bereich der Asylsuchenden zusammen?
- 12) Gibt es neben der Landespauschale nach dem Asylbewerberleistungsgesetz weitere finanzielle oder organisatorische Unterstützung von Seiten des Landes?
- 13) Welche Aufgaben übernimmt das interkulturelle Kompetenzzentrum in Kusel bei der Betreuung und Integration von AsylbewerberInnen?
- 14) Vom Land Rheinland-Pfalz ist kurzfristig ein Darlehensprogramm für den Bau und die Herrichtung von Wohnraum für Asylsuchende aufgelegt worden, das sowohl Kommunen wie privaten Eigentümern zugutekommt. Gibt es von Kommunen oder privaten Eigentümern aus dem Landkreis Kusel bisher Interesse für dieses Programm?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung. Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Hartenfels